



Günter Busch: Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst
Jörg Wiedemuth: Eine neue arbeitszeitpolitische Erzählung



**Forum
Gewerkschaften**

Mit Beiträgen u.a. von
Ursula Stöger/Dieter Sauer u.a.,
Mary Kaldor/Luke Cooper u.a.,
Klaus Busch, Wolf v. Matzenau,
Richard Gebhardt, Hartmut
Reiners, Tom Strohschneider



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Instabile Stabilität



Die Präsidentschaftswahlen zeigen zweierlei: die Unfähigkeit der oppositionellen Gruppen, eine Alternative zu der mit Wladimir Putin verbundenen Form von Herrschaft zu entwickeln, und die Konsolidierung einer Staatlichkeit, die auf ganz eigene Weise offen einen staatsmonopolistischen Charakter zur Schau stellt. ...

Stopp rechter Gewalt



Ein Jahr nach Beginn des Prozesses beim Oberlandesgericht Dresden, wurde das Urteil gegen die Mitglieder der »Gruppe Freital« gesprochen: Die Angeklagten wurden unter anderem wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung, versuchten Mordes, Sprengstoffexplosionen und gefährlicher Körperverletzung schuldig gesprochen. ...

Soziale Mindestsicherung



Die große Koalition war noch nicht im Amt, da ist eine heftige Debatte über Armut ausgebrochen. Auslöser war die Essener Tafel, die Menschen ohne deutschen Pass nicht mehr aufnehmen wollte. ...

Blau als neues Rot?

Dieter Sauer/Ursula Stöger/Joachim Bischoff/Richard Detje/Bernhard Müller
Arbeitsweltliche Zuspitung – Rechtspopulismus im Betrieb 2
Tom Strohshneider: Warum die Wut in den Betrieben nicht die Linken stärkt ... 5

Europa & Amerika

Klaus Busch: Wahlen in Italien – Menetekel für die Europäische Union 7
Heinz Bierbaum: Europäische Linke:
Zwischen Kooperation & Fragmentierung 12
Hinrich Kuhls: Pulverfass Nordirland 15
Luke Cooper/Mary Kaldor/Niccolò Milanese/John Palmer: Jeremy Corbyn,
die Reform der EU und die Erneuerung der Sozialdemokratie 20
Joachim Bischoff: Donald Trump – Über einen Handels- und Währungskrieg
zur Rezession? 26

Forum Gewerkschaften

Günter Busch: Nur weiter so?
Tarifrunde öffentlicher Dienst 32
Jörg Wiedemuth:
Umrisse einer neuen arbeitszeitpolitischen Erzählung 35
Otto König/Richard Detje: Schutz vor Lohndumping? Reform der EU-
Entsenderichtlinie: »gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit am selben Ort« 39

Groko 3.0: Richtungskämpfe

Richard Gebhardt: Seehofers Heimat oder: Wie »konservativ« ist die Union? ... 42
Hartmut Reiners: Bürgerversicherung –
das Einfache, das so schwer zu machen ist 49

Wie sammelt sich die Linke?

Wolf von Matzenau: SPD – Erneuerung jetzt! 54
Erhard Korn: Wider die bonapartistische Versuchung.
Linker Populismus, linke Sammlungsbewegung. Ein Diskussionsbeitrag 59
Alban Werner: Ein Buch als »Kritik im Handgemenge« »Linkspopulär« –
Christoph Nölkes Beitrag zum politischen Richtungsdisput 63
Joachim Bischoff: Gleiches Recht für alle
(zu Robert Allertz über Hans Modrow) 67

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 65
Veranstaltungen & Tipps 68
Klaus Schneider: Lucky (Filmkritik) 69

Supplement

Peter Brandt

»Trotzkismus« in Deutschland

Internationaler Kontext und historischer Abriss

Nur weiter so?

Tarifrunde öffentlicher Dienst 2018

von ■ Günter Busch



22.3.2018, Warnstreik in Hannover (dpa)

Die diesjährige Tarifrunde im Öffentlichen Dienst der Kommunen und des Bundes zeigt keine Überraschungen. Starke lineare Erhöhungen um 6% mit einer sozialen Komponente – 200 Euro Mindestbetrag – bei zwölfmonatiger Laufzeit werden gefordert.

Hinzu kommen Blumenstraußforderungen, die bis auf die Anhebung des Nachtzuschlags in den kommunalen Kliniken zwar nicht streikfähig sind, die aber, da in den Diskussionen von vielen gefordert, en passant mit eingebracht werden. Zum Blumenstrauß gehören Manteltariff Fragen wie die Erhöhung des Zusatzurlaubs für Schichtarbeit, Angleichung Ost beim 13. Gehalt, Erhöhung des Samstagzuschlags in Krankenhäusern, Einrechnung der Pausen in die Arbeitszeit bei Wechselschicht in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie

diverse Mantelregelungen für Auszubildende. Wenn man das alles ernsthaft angehen will, muss man den Manteltarifvertrag kündigen. So etwas wäre aber heikel, da dann verschlechternde Gegenforderungen der Arbeitgeber drohen. Dann käme man vielleicht mit einem schlechteren Mantel raus als man hineingegangen ist. Ohne Kündigung ist man aber, da nicht dursetzungsfähig, auf einen Goodwill der Arbeitgeberseite angewiesen. Oder diese will an anderer Stelle eine Kompensation, wie das in der zweiten Verhandlungsrunde am 12./13. März 2018 bei der Frage der Angleichung Ost der Jahressonderzahlung eingefordert wurde.

Zu berücksichtigen ist auch eine Änderung der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts beim Streikrecht, die die Zusatzforderungen weniger mobili-

sierungsfähig macht. Bisher reichte die Streikfähigkeit der Hauptforderungen, damit ein Streikaufruf trotz weiterer, nicht streikfähiger Nebenforderungen rechtmäßig war. Jetzt gilt die »Rührei-Theorie«: Ist ein Ei faul, ist das gesamte Rührei verdorben. Ist ein Streikziel illegal, weil z.B. in dem Forderungsbereich Friedenspflicht herrscht, ist der ganze Streik rechtswidrig. Ver.di unterscheidet daher in den Streikaufrufen zwischen den streikfähigen Forderungen und sogenannten »weiteren Erwartungen an die Arbeitgeber«, was die Skepsis bei der Durchsetzung schon im Begriff anzeigt.

Skepsis ist auch angebracht bei der gewerkschaftlichen Reaktion auf die unterschiedliche Entwicklung der Lebenshaltungs- und Mietkosten zwischen Stadt und Land. Als Forderung nach ei-

ner Ballungsraumzulage in der Mitgliedschaft gestartet, hat sie als kostenloses Nahverkehrsticket Eingang gefunden in die Diskussionsempfehlung der Bundes tariffkommission vom Oktober 2017 und ist jetzt als letzter Punkt des Wunsch-katalogs unter dem Stichwort »Ver-handlungen über ein kostenloses Nah-verkehrsticket« gelandet. Es gibt dazu schon zahlreiche lokale Regelungen, dass viele die Dringlichkeit nicht sehen.

Forderungsbegründung

Die relativ hohe materielle Forderung von 6% wird dreifach begründet:

Erstens: Anschluss halten gegenüber der allgemeinen Lohnentwicklung. Hier hat die IG Metall vorgelegt: Nach Berechnungen der IG Metall und des Tarifexperten Thorsten Schulten (WSI) liegt das komplexe materielle Abschlussvolumen in den Jahren 2018 und 2019 bei jeweils etwa 4%. Das muss erst einmal erreicht werden! Bei 1,5% prognostizierter Preissteigerung 2018 und einer Produktivitätssteigerung von maximal 1,0% gibt es einen verteilungsneutralen Spielraum von 2,5%, den der IG Metall-Abschluss locker übersteigt. Zumindest auf der Tarifebene findet hier eine Umverteilung bei den Primäreinkommen von oben nach unten statt. Die Abschlusserwartung der ver.di-Mitgliedschaft (die zugegeben schwer einschätzbar ist und dynamisch abhängt vom weiteren Verlauf der Tarifrunde) liegt sehr nahe am Abschluss der IG Metall.

Zweitens: Nachholbedarf der Löhne und Gehälter des öffentlichen Dienstes gegenüber der Tarifentwicklung in der Gesamtwirtschaft. Ver.di beziffert diese Differenz mit 4%. Zur Begründung wird die Tarifindexentwicklung seit dem Jahr 2000 angegeben. Setzt man den Index für alle Branchen im Jahr 2000 auf 100, sind es heute für den ÖD 140,6, in der Gesamtwirtschaft 144,8 und bei Metall 151 im Jahr 2016. Den jüngsten Metall-Abschluss hinzugerechnet, gibt es zum Tarifniveau Metall heute eine Differenz von über 15%.

Die ver.di-Rechnung unterstellt, dass im Jahr 2000 ein in etwa ausgeglichenes Tarifniveau bestand, von dem aus sich dann die Unterschiede entwickelten. Erhebliche Branchenunterschiede

zwischen Industrie und Dienstleistungen gab es aber schon vor dem Jahr 2000, der Nachholbedarf ist also erheblich höher und beträgt z.B. in der Pflege über 20%.

Drittens: Mit der Tariffdifferenz zusammen hängt auch die nicht vorhandene *Konkurrenzfähigkeit des Öffentlichen Dienstes bei der Suche nach qualifizierten Arbeitskräften*. Gerade für einen funktionierenden Öffentlichen Dienst bei Investitionen, sozialem Wohnungsbau, Kitas und Bildung ist der personelle Ausbau der Dienstleistungen zwingende Voraussetzung.

Eine soziale Komponente im Forderungspaket ist bei ver.di immer hoch besetzt gewesen und wurde auch dieses Mal als Festbetrag, als Sockel oder als Mindestbetrag diskutiert. 200 Euro Mindestbetrag bedeutet in der untersten Entgeltgruppe in der Eingangsstufe eine Erhöhung von 12,5%. Der Umkehrpunkt, bis zu dem der Mindestbetrag höher ausfällt als eine lineare 6%-Erhöhung liegt bei 3.350 Euro. Das ist in etwa der Durchschnittsverdienst der Gewerkschaftsmitglieder im Öffentlichen Dienst.

Die hohe Bedeutung einer sozialen Komponente bedarf der Erläuterung. Schließlich sind viele niedrig dotierte Tätigkeiten längst ausgegliedert oder werden fremd vergeben – bei deutlich niedrigeren Löhnen als im Öffentlichen Dienst. Deshalb argumentieren die Arbeitgeber auch, dass im unteren Bereich der Öffentliche Dienst überbezahlt sei und bei den oberen Einkommen unterbezahlt werde.

Bei ver.di hat das engere Zusammenrücken der Entgeltgruppen hohen Symbolwert für mehr Solidarität auch in den eigenen Reihen. Der Staat soll hier beispielgebend vorgehen. Obwohl selber nicht betroffen, fordern viele Funktionär*innen deshalb einen sozialen Ausgleich. Ob das dann streikfähig wäre, wenn die Prozentzahl stimmt, steht auf einem anderen Blatt.

Wer handelt für wen?

Verhandelt wird unmittelbar für die 2,3 Millionen Arbeitnehmer*innen der Gemeinden, der Städte und des Bundes, wobei 2,15 Millionen auf den Kommu-

nalbereich entfallen, der Rest auf den Bund. Die Länder verhandeln separat und sind beim Lohn erst wieder im nächsten Jahr dran.

Indirekt mitverhandelt wird außerdem für 350.000 Beamt*innen bei Kommunen und vor allem beim Bund, für die die Übernahme des Tarifergebnisses regelmäßig mitgefordert und dann auch meistens gesetzlich nachvollzogen wird. Weiter gilt dies für die 400.000 Beschäftigten bei den Sozialversicherungen (Rente, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung), die durch Anwendungsklauseln in jeweils eigenen Tarifverträgen die Tarifierhöhungen übernehmen.

Indirekt angekoppelt sind aber auch ca. 2,4 Mio. Beschäftigte der Kirchen, der kirchlichen Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie, der AWO, des DRK und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sowie weiterer Körperschaften des Öffentlichen Rechts. Diese Bereiche sind zu einem geringen Teil durch Anwendungstarifverträge und Anwendungsklauseln einbezogen, zum weit überwiegenden Teil über den kircheneigenen 3. Weg und/oder durch einzelvertragliche Bezugnahmen. Die Leistungen werden fast ausschließlich aus Steuergeldern und Sozialversicherungsmitteln finanziert und sind daher dem staatlichen Bereich strukturell zuzuordnen. In finanziell schwierigen Zeiten ist die Ankopplung an den Öffentlichen Dienst wegen fehlender tarifvertraglicher Absicherung allerdings gefährdet.

2,3 Mio. unmittelbar einbezogene und zusätzlich 3,15 Mio. Beschäftigte mittelbar – das ist auf Dauer ein gefährliches Ungleichgewicht. Bei den Arbeitgebern sitzen diese Bereiche quasi mit am Verhandlungstisch, bei ver.di nicht. Die Mitglieder in diesen Bereichen sind auch nicht an der Willensbildung und an der Tarifdurchsetzung beteiligt. Eine Strategie, dies zu verändern, ist nicht ersichtlich.

Günter Busch war bis 2014 stellvertretender Landesbezirksleiter des ver.di-Bezirks Baden-Württemberg; er lebt in Reutlingen.

Die Durchsetzung

Die Durchsetzungsmacht von ver.di in den Tarifrunden des Öffentlichen Dienstes ergibt sich aus dem Organisationsgrad, Aktivitätsniveau und der Fähigkeit, Re-

Forum Gewerkschaften

produktionskreisläufe zu unterbrechen. Der durchschnittlichen Organisationsgrad liegt bei 20%. Er schwankt extrem zwischen wenigen Prozent vor allem in den Verwaltungen bis zu sehr hoher Organisation in Eigenbetrieben, beim Nahverkehr und bei der Müllabfuhr, soweit dies alles noch öffentlich betrieben wird. Streikbereiche sind aber auch zunehmend Humandienstleistungen wie Krankenhäuser, Kitas und Pflege. Die Mitgliederentwicklung im kommunalen Bereich ist in den Tarifrunden stark zyklisch. Bei Warnstreiks von mehr als vier Stunden zahlt ver.di Streikgeld. Das führt zu sprunghaften Mitgliederzuwächsen. Nach dem Tarifabschluss sinken die Mitgliederzahlen dann langsam wieder.

Auch bei der Anlage der Abfolge von Verhandlungen und Aufbau von Verhandlungsdruck gibt es nichts Neues: Ver.di versucht, durch hohe Streikzahlen bei Warnstreiks vor allem öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen. Dabei können bei übergreifenden Streikundgebungen auch Einrichtungen mit niedrigem Organisationsgrad einbezogen werden. Ökonomischer Druck auf die Arbeitgeber ist damit nicht verbunden, Unterbrechungen von Reproduktionskreisläufen sind höchstens im Nahverkehr und bei den Flughäfen gegeben. Fernsehen und Medien zeigen dann regelmäßig eine hohe Streikbeteiligung.

Die Arbeitgeberseite ist dieses Mal besonders schwer einzuschätzen. Ein Angebot liegt noch nicht vor und der Wechsel in der Leitung des Innenministeriums erzeugt zusätzlich Unsicherheit. Horst Seehofer als einer der beiden Verhandlungsführer der Arbeitgeber wird erstmals bei der entscheidenden Verhandlungsrunde am 15./16. April 2018 seinen Kurs zeigen müssen.

Ein wesentlicher Begründungszusammenhang von ver.di ist die gute finanzielle Lage der Öffentlichen Hand.

Ein Haushaltsüberschuss von 38,4 Mrd. Euro in 2017, prognostizierte 45 Mrd. in 2018 und 50 Mrd. in 2019 zeigen in der Tat ein hohes potenzielles Verteilungsvolumen. Doch sind die Überschüsse schnell weg, wenn der Koalitionsvertrag umgesetzt wird – höhere Militärausgaben und weitere Steuersenkungen noch nicht eingerechnet. Wächst die Wirtschaft nur ein wenig schwächer, wird aus dem Überschuss schnell ein Defizit. Das müsste man dann konsequenterweise auch gegen sich gelten lassen. Finanzierungssalden des Staates sind politisch determiniert und nicht das Gleiche wie Gewinnmargen der Privatwirtschaft.

Was fehlt

Spannender als das Weiter-so der Tarifrunde 2018 sind die Dinge, die nicht angegangen und nicht gefordert werden:

■ *Die Erosion der Flächentarifverträge im Öffentlichen Dienst.* Um mehr als 2,2 Millionen ist die Beschäftigung im Öffentlichen Dienst seit 1991 zurückgegangen, von 6,7 auf unter 4,5 Millionen. Gründe dafür liegen nicht nur bei Leistungseinschränkungen und Rationalisierungen, sondern auch bei der Ausgliederung ganzer Bereiche aus dem Öffentlichen Dienst und deren Zuführung zur privaten Kapitalverwertung. Die Reichweite der Tarifverträge sinkt auch durch Austritte aus den Arbeitgeberverbänden, die in einzelnen Fällen durch Häuserkampf wieder rückgängig gemacht werden konnten. Aber eine systematische Vorgehensweise fehlt. In Tarifrunden gelingt eine Mitgliedermobilisierung besser. Dies muss zielgerichtet zur Rückholung von Einrichtungen in die Arbeitgeberverbände genutzt werden.

Abnehmende Tarifbindung ist nicht nur eine Frage an den Gesetzgeber, z.B. die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu erleichtern, sondern auch eine strategisch entscheidende Frage an die Gewerkschaften selbst. Dafür Gelder bereitzustellen, ist vielleicht sinnvoller als eine allgemeine Imagewerbung für den Öffentlichen Dienst, die ver.di parallel zur Tarifrunde dieses Jahr fährt.

■ Wichtiger noch ist eine *fehlende Arbeitszeitkomponente* bei den Forderungen. Warum nicht wie bei der IG Metall oder besser noch mit ihr zusammen eine Forderung nach kurzer Vollzeit, nach zeitweiliger Arbeitszeitverkürzung mit Rückkehrrecht und Teillohnausgleich in besonderen Fällen? Wenn jede Gewerkschaft für sich das Thema Arbeitszeit bearbeitet, wird von den Gewerkschaften keine gesellschaftliche Bewegung dazu angestoßen werden können. Eine DGB-Absprache oder wenigstens zwischen ver.di und IG Metall hat es bisher nicht gegeben.

Dabei ist das Thema Arbeitszeit auch bei den Mitgliedern hoch besetzt. Anders als beim Lohn kann aber nicht einfach abgefragt werden, wieviel Verkürzung denn gewollt sei. Es bedarf rechtzeitiger und gründlicher Diskussion insbesondere über die Form einer Arbeitszeitverkürzung und die Möglichkeiten der Durchsetzung. Das ist bei ver.di nicht gemacht worden. In dieser Tarifrunde hätte die Möglichkeit bestanden, Arbeitszeit in dieser Gesellschaft wieder auf die politische Agenda zu setzen. Die Chance ist vertan.

Und so steht das Geld ganz im Vordergrund. Gerade die Angst der Menschen vor steigenden Mieten, vor fehlenden Zinserträgen, aus denen früher Teile des Urlaubs finanziert werden konnten, die Angst vor wegbrechenden sozialen Sicherungssystemen wäht die Beschäftigten auf der sicheren Seite, wenn sie mit mehr Geld für sich einen Ausgleich suchen. Die Flucht ins Geld ganz persönlich für sich löst aber nicht das Problem der sozialen Sicherheit und des Stresses am Arbeitsplatz. Hier bedarf es tariflicher und politischer Lösungen, gerade auch um den Rechtspopulisten nicht noch größeren Zulauf zu verschaffen. Solche Lösungen müssen weit über das hinausgehen, was die Große Koalition in den nächsten dreieinhalb Jahren umsetzen will.

Ein Weiter-so darf es deshalb auch bei ver.di nicht geben. Mehr Risikobereitschaft und mehr Vertrauen in die eigene Mitgliedschaft – auch das ist Teil der Verantwortung der Gewerkschaftsführung.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigelegten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ☐ Weltküche ☐ Müller ☐ Hoff
- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ☐ Weltküche ☐ Müller ☐ Hoff
- ☐ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- ☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de